

Pressemitteilung Forum Pro Paintballsport

Frankfurt, den 13. Mai 2009

Forum Pro Paintball bietet nach wie vor Kommunikation an

Wir vom Forum Pro Paintball bedauern, daß momentan viele Politiker scheinbar lieber ÜBER statt MIT uns und den Paintballspielern in Deutschland reden wollen.

Selbst führende Politiker werden scheinbar nicht mehr von ihren Kollegen, die sich in einem „Verbotsrausch“ befinden, gehört:

Sebastian Edathy (SPD), Vorsitzender des Innenausschusses, sagte gestern:

„Ich denke, wir sollten einen Schnellschuß verhindern. Ich sehe keinen direkten Zusammenhang zwischen Spielen wie Paintball und dem Amoklauf von Winnenden. Wir sollten ein neues Gutachten in Auftrag geben und danach entscheiden, was wir machen.“

Dr. Hermann Scheer, der als Abgeordneter des Rems-Murr-Kreises direkt von der schrecklichen Tat im Nachbarkreis, betroffen ist und tagtäglich mit Opfern und dem dortigen Aktionsbündnis im Gespräch steht, äußerte in seiner Pressemitteilung von gestern unter der Überschrift „Diskussion um Paintball Waffen ist substanzloses Ablenkungsmanöver“:

„Paintball ist ein Randphänomen. Das ist gleichzeitig auch die Erklärung dafür, warum Teile der Politik nun darauf fokussieren: Paintball hat eine relativ schwache Lobby und vergleichsweise wenige Aktive. Es braucht weniger politischen Mut hier Verbote zu fordern als im Bereich der Feuerwaffen. Es kann jedoch nicht sein, daß die Politik als Konsequenz aus Winnenden den Weg des geringsten Widerstandes geht. Sie muß vielmehr den Weg der höchstmöglichen Sicherheiten beschreiten und der führt eindeutig zu den Feuerwaffen“

Diese Positionen unterstützen wir alle voll, denn sie unterstreichen nur die Punkte, die wir seit Tagen wiederholen: Ein Paintballverbot wird keinen weiteren Amoklauf verhindern.

Statt dessen würden ca. 100000 Menschen in Deutschland kriminalisiert und mit ihrem Hobby, ihrem Sport in die Illegalität getrieben, während ansonsten im gesamten europäischen Raum Paintball eine anerkannte, problemlose Freizeitaktivität darstellt mit . weltweit Millionen Teilnehmern. Selbst die Polizei (siehe Aussagen der Gewerkschaft der Polizei) stemmt sich deswegen gegen ein Verbot.

Wenn Herr Bosbach (CDU) davon spricht, daß er Übergangszeiträume schaffen möchte und es sich um „Ordnungswidrigkeiten“ handeln würde, verniedlicht er bewußt die Tatsache, daß alleine in Deutschland damit rund 300 Unternehmen mit ca. 1000 Arbeitsplätzen mit dieser Entscheidung in den Ruin getrieben werden würden. Im übrigen wissen die Herren Bosbach und Uhl sehr genau, warum sie es über die Ordnungswidrigkeiten geregelt haben möchten, denn das Verbot würde im Bundesrat (der in diesem Fall nicht zustimmungspflichtig ist) NIEMALS eine Mehrheit finden.

Vor dem Hintergrund der breiten Protestwelle gegen das geplante Verbot unseres Sports fordern wir die zuständigen Politiker auf, ihr Vorhaben fallen zu lassen und den Hebel an der richtigen Stelle anzusetzen.

Wir laden alle Medienvertreter und auch Politiker ein, das nächste Paintballspielfeld in ihrer Nähe zu kontaktieren und sich bitte selbst ein Bild über unseren Sport zu machen.

Pressekontakt:

Arne Petry

Tel.: 0178 - 60 92 921

Usinger 11

65529 Waldems